

Ein Rezept gegen die drohende Kita-Krise

Die SP Oberwil/Biel-Benken lanciert eine Petition für «bezahlbare Kinderbetreuung» innerhalb der Gemeinde.

Maria-Elisa Schrade

Wer in Baselland sein Kind in die Kita oder den Nachmittagshort schickt, muss tief in die Tasche greifen. Gemäss einer Studie der Credit Suisse von 2021 lasten im schweizweiten Vergleich nur im Kanton Uri höhere Kosten für die externe Kinderbetreuung auf den Erziehungsberechtigten. In Oberwil tragen Familien gemäss aktuellem Aufgaben- und Finanzplan über 96 Prozent der Betreuungskosten für Kinder im schulpflichtigen Alter. Aber auch im Vorschulbereich gibt Oberwil bedeutend weniger aus als die Nachbargemeinden Binningen und Allschwil.

Dagegen will die SP Oberwil/Biel-Benken etwas unter-

nehmen und sammelt seit Ende September Unterschriften «für bezahlbare Kinderbetreuung». Für Familien mit mittlerem Einkommen gehörten die Kinderbetreuungskosten zu den teuersten schweizweit, schreibt die Ortspartei unter Berufung auf besagte CS-Studie in ihrer Petition.

Anhebung der Einkommensgrenze

«Eine bezahlbare Kinderbetreuung ist auch eine öffentliche Aufgabe», sagt Ursula Wyss, Landrätin und Präsidentin der SP Oberwil/Biel-Benken. Ob sich Eltern die familienergänzende Betreuung leisten könnten, habe Auswirkungen auf verschiedene Bereiche der Gesell-

schaft wie Bildungschancen, Gleichstellung, Fachkräftemangel und Kaufkraft. Wyss betont: «Wenn Frauen oder auch Männer zu Hause bleiben, um die Kinder zu betreuen, gehen der Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte verloren.»

Konkret schlägt die Petition Anhebungen der Einkommensgrenzen vor. Neu soll ein Anspruch auf Subventionen bis zu einem steuerbaren Jahreseinkommen von 140'000 Franken bestehen. Ausserdem soll die Schwelle für den Maximalbetrag der Subventionen von 40'000 Franken auf 60'000 Franken angehoben werden. Darüber hinaus schlägt die Petition auch eine Erhöhung der Beiträge für Familien mit mehreren Kindern vor.

Der Ortspartei geht es aber nicht nur um eine finanzielle Entlastung von Mittelschichtsfamilien, sondern auch um den Erhalt von Betreuungsplätzen. Denn seit im August in Basel-Stadt das revidierte Tagesbetreuungsgesetz mit höheren Löhnen und günstigeren Kitaplätzen in Kraft getreten ist, stehen insbesondere die Agglomerationsgemeinden unter massivem Druck, ein konkurrenzfähiges Betreuungsangebot auf die Beine zu stellen. Sonst drohen schlimmstenfalls Kita-Schliessungen wie in Birsfelden.

Die Gemeinden Binningen und Muttenz haben bereits reagiert und die Einkommensgrenze für einen Unterstützungsanspruch angepasst. Sub-

jektbezogene Subventionen allein, wie beispielsweise Betreuungsgutscheine, dürften den Baselbieter Kitas aber noch nicht das Überleben sichern. Denn Basel-Stadt subventioniert zusätzlich auch objektbezogen direkt die Kita-Plätze.

Ursula Wyss ist diese Problematik bewusst. Sie sagt: «Wenn man nur die Subventionen für die Familien anpasst, riskiert man, dass sie das Geld mit in eine Kita in Basel nehmen. Dann haben die Kitas hier nichts davon.» Einige Gemeinden gewähren daher nur Subventionen für den Besuch von Kitas innerhalb der Gemeinde oder Kitas, mit denen eine Vereinbarung besteht. Ähnliches schwebt Wyss auch in Oberwil vor.